

Antrag

der Abgeordneten Michael Jung (Limburg), Dirk Fischer (Hamburg), Georg Brunnhuber, Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hubert Deittert, Claus-Peter Grotz, Manfred Heise, Ernst Hinsken, Dr. Dionys Jobst, Norbert Königshofen, Werner Kuhn, Peter Letzgus, Rudolf Meinl, Roland Richter, Wilhelm Josef Sebastian und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Horst Friedrich, Lisa Peters, Dr. Klaus Röhl, Roland Kohn, Paul K. Friedhoff, Hildebrecht Braun (Augsburg) und der Fraktion der F.D.P.

Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im internationalen Luftverkehr

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Bericht der vom Bundesminister für Verkehr eingesetzten Expertengruppe zur Verbesserung der Luftverkehrs-Sicherheit und die darin empfohlenen Maßnahmen.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt weiterhin, daß das Bundesministerium für Verkehr noch vor Beginn der Hauptreisezeit mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen hat.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt des weiteren die Selbstverpflichtung der deutschen Ferienfluggesellschaften und Reiseveranstalter, derzufolge im Falle des technisch oder flugbetrieblich bedingten Ausfalls eines im Flugplan vorgesehenen Luftfahrzeugs die Wahl der Sub-Charter-Partner auf diejenigen Fluggesellschaften beschränkt wird, die im Besitz einer von deutschen Luftfahrtbehörden erteilten Genehmigung zur Durchführung von Sub-Charter-Flügen sind. Der Deutsche Bundestag erwartet davon eine Stärkung der Position der Kunden.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt ferner die unter wesentlicher Mitarbeit der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr in den Ausschüssen der Europäischen Union (EU), der Europäischen Zivil-Luftfahrt-Konferenz (ECAC) und der Internationalen Zivil-Luftfahrt-Organisation (ICAO) erzielten Ergebnisse zur Verbesserung der Luftverkehrs-Sicherheit.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bestrebungen auf europäischer Ebene zu mehr Luftverkehrs-Sicherheit und begrüßt die auf dem Rat der Verkehrsminister der EU am 17. Juni 1996 von der Kommission vorgelegte Strategie zur Verbesserung der Luftverkehrs-Sicherheit in Europa. Hierzu zählt im wesentlichen ein von der Europäischen Kommission vorzulegender Richtlinienvorschlag, der zu einem dem System der Hafenstaatkontrolle in der Seeschifffahrt entsprechenden System im Luftverkehr führen soll.

5. Der Deutsche Bundestag vertritt die Ansicht, daß mit der Umsetzung der Empfehlungen der nationalen Expertengruppe und auf internationaler Ebene der EU, der ECAC und der ICAO entscheidend mehr Sicherheit im Luftverkehr erreicht wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen vordringlich umzusetzen:

- eine deutliche Verstärkung und Intensivierung der technischen und betrieblichen Kontrollen ausländischer Luftfahrzeuge auf deutschen Flughäfen (intensivierte Ramp-Checks) in Abstimmung mit den Ländern, die für die polizeilichen Aufgaben zuständig sind,
- Verstärkung der Kontrollen von Dokumenten und Betriebsaufzeichnungen bei den eingesetzten Luftfahrzeugen (Routine-Ramp-Checks),
- Einrichtung einer speziellen Sicherheitsgruppe beim Luftfahrt-Bundesamt (LBA), in der der Sachverstand von Experten aus den Bereichen Flugbetrieb und Technik gebündelt ist und die schnell und flexibel eingesetzt werden kann,
- Schaffung eines Datenverbundes zwischen Flughäfen, Flugsicherung, Flugplankoordinator, Luftaufsicht und LBA, durch den die Informationsmöglichkeiten über mangelnde Sicherheitsanforderungen an Fluggesellschaften zukünftig verbessert werden. „Schwarze Schafe“ müssen zukünftig damit rechnen, daß sie nicht mehr aus den Augen gelassen und bei festgestellten Verstößen aus dem Verkehr gezogen werden,
- Verbesserung des Informationsaustausches mit ausländischen Luftfahrtbehörden mit dem Ziel, Erkenntnisse über mangelnde Sicherheitsstandards von Fluggesellschaften sowohl auf europäischer wie auch auf internationaler Ebene zwischen den Luftfahrtbehörden auszutauschen und geeignete Maßnahmen bis hin zum Startverbot abzustimmen.

Bonn, den 25. Juni 1996

Michael Jung (Limburg)

Dirk Fischer (Hamburg)

Georg Brunnhuber

Heinz-Günter Bargfrede

Dr. Wolf Bauer

Renate Blank

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Hubert Deittert

Claus-Peter Grotz

Manfred Heise

Ernst Hinsken

Dr. Dionys Jobst

Norbert Königshofen

Werner Kuhn

Peter Letzgus

Rudolf Meinl

Roland Richter

Wilhelm Josef Sebastian

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Horst Friedrich

Lisa Peters

Dr. Klaus Röhl

Roland Kohn

Paul K. Friedhoff

Hildebrecht Braun (Augsburg)

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion